

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint wöchentlich

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Verlagspreis monatlich 80 Pfg. 1/2 J. 4.00, die Post im Nachbarortsoberfahr. 2.15 Pfg. in Württemberg 2.20 Pfg. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Gar-
montheile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 74

Donnerstag den 27. März 1919

36. Jahrgang.

An die Leser der würtlb. Zeitungen!

Wir hatten bestimmt erwartet, daß mit dem Kriegsende auch die Bedrängnisse des Zeitungsgewerbes, insbesondere die Papiernot und die ständigen Preiserhöhungen für das Druckpapier, aufhören würden. Das Gegenteil ist eingetreten: nach einer weiteren Steigerung der Papierpreise am 1. Januar ist vom 1. April ab wiederum eine solche in nie gekannter Höhe angekündigt. Der neu eintretende Aufschlag ist allein so hoch, wie früher der gesamte Papierpreis; das also Zeitungspapier kostet gegenüber den Friedenspreisen jetzt ungefähr **Das Vierfache!**

Hierzu kommen neben anderen kostspieligen sozialwirtschaftlichen Verpflichtungen überraschend herbeigeführte starke Lohn-erhöhungen, empfindliche Aufschläge auf die Druckfarbe und sonstige Rohmaterialien, alles Erscheinungen, die Ausgaben und Einnahmen der Zeitungen vollständig aus dem Gleichgewicht bringen.

Um dies unbedingt ganz ungewöhnlich verteuerten Herstellungskosten wenigstens teilweise auszugleichen, sind die Zeitungen genötigt, mit Wirkung vom 1. April ds. Js. ab nochmals ihre **Zeugs- und Anzeigepreise** zu erhöhen. Wir bitten um einsichtsvolle Anerkennung dieser leider unvermeidlichen Aufschläge.

Die Postbesitzer machen wir darauf aufmerksam, daß die Regergebühren nur für die Monate Mai und Juni durch Nach-Erhebung seitens der Postanstalten eingezogen werden. **Der Vorstand des Vereins würtlb. Zeitungsverleger.**

Da wir bei dem allgemeinen Aufschlag der Zeitungen am 1. Oktober vorigen Jahres bei unserem alten Preis geblieben sind, sind wir diesmal genötigt eine Erhöhung von 10 Pfg. pro Monat eintreten zu lassen und bitten unsere Leser, wie oben schon bemerkt, um einsichtsvolle Anerkennung. **Freier Schwarzwälder.**

Das Reichsernährungsministerium teilt mit:

Angerichts der zurzeit noch gänzlich ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnisse können endgültige Höchstpreise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der kommenden Ernte erst zu einem späteren Zeitpunkt festgesetzt werden.

Hierbei wird, wie der Reichsernährungsminister bereits angekündigt hat, der Versuch gemacht werden, gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse, für welche eine Bewirtschaftung entweder nicht mehr erforderlich oder technisch nur unvollkommen und mit großen Schäden durch-

fährbar ist, von der Bindung an Höchstpreise ganz oder von einer bestimmten Pflichtablieferung ab freizulassen. Für die wichtigsten Waren unserer Ernährungswirtschaft wird es jedoch auch im laufenden Jahr noch bei amtlicher Bewirtschaftung und Festsetzung von Höchstpreisen verbleiben müssen.

Bezüglich dieser Preise fordern die Verbraucher erhebliche Herabsetzungen, die Erzeuger jedoch beträchtliche Erhöhungen. Die Erzeuger werden mit den ständig anwachsenden Wirtschaftskosten, dem Mangel an Arbeitskräften, Vertriebsmitteln und zumal an Düngemitteln begründet. In der Tat ist durch die Streifs die Stoffgewinnung für Düngemittel in den wichtigsten Monaten sehr verringert worden, so daß ein erheblicher Rückgang der Ernteerträge droht.

Mit Rücksicht hierauf erscheint eine Herabsetzung der Preise für Getreide und Kartoffeln als ausgeschlossen.

Der Anbau der Zuckerrüben, welcher überdies noch besonders viel Arbeitskräfte erfordert, ist in der Kriegszeit wegen Arbeiter- und Düngemittelmangels sehr zurückgegangen, und für das nächste Wirtschaftsjahr droht ein weiterer starker Rückgang wegen der schwierigen Lohnverhältnisse und wegen der im letzten Jahr von manchen Anbauern erlittenen schweren Verluste durch Verderb und nicht rechtzeitige Verarbeitung. Deshalb hat sich die Regierung entschlossen, den Mindestpreis für Zuckerrüben der nächsten Ernte auf 4 Mk. je 50 Kilogramm festzusetzen.

Einzelne Nebenarten, deren Preis sich als allzu hoch erwiesen hat, werden den Preisen der übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse enger angepaßt werden.

In jedem Falle können die Erzeuger damit rechnen, daß ihnen für die noch mit Höchstpreisen zu belegenden Produkte solche Erlöse zugestanden werden, welche erforderlich sind, um die mit den beschränkten Produktionsmitteln überhaupt mögliche Höchstleistung der Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Darüber hinausgehen verbietet jedoch die Rücksicht auf die berechtigten Interessen der Verbraucher.

Die Klarstellung der Schuldfrage.

Der Verband weicht aus.

Berlin, 26. März. (Antich.) Bereits im November 1918 hatte die deutsche Regierung durch Vermittlung der schweizerischen Regierung den Regierungen der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld

am Kriege eine internationale Kommission einzusetzen. Da eine Antwort nicht erfolgte, wurde der Vorschlag im Januar wiederholt. Unter dem 7. März teilte nunmehr die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Bern mit, daß sie von dem britischen Gesandten folgende Mitteilung erhalten habe: Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es unendlich sei, auf den deutschen Vorschlag irgend eine Antwort zu geben, da nach der Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt ist.

Die deutsche Regierung hat daraufhin der schweizerischen Regierung durch die deutsche Gesandtschaft in Bern folgende Note zustellen lassen:

In Verantwortung des Schreibens vom 7. März bittet die deutsche Gesandtschaft das schweizerische politische Amt, durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in London der britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung gegen die in dem Schreiben der britischen Regierung wieder-gegebene Auffassung der Alliierten nachdrücklich Ver-wahrung einlegt. Wenn in dem Schreiben erklärt wird, der deutsche Vorschlag auf Einsetzung einer neutralen Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld im Kriege bedürfe keiner Antwort, weil die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt sei, so machen sich die Alliierten an, An-läger und Richter zugleich zu sein und zwar in einer Sache, in der sie zum Teil gleichfalls der Schuld geziehen werden. Deutschland kann einen Urteilspruch in dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht, der das gesamte Aktenmaterial beider Parteien zur Verfügung steht und sie in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeu-gen in voller Öffentlichkeit zu erheben.

Kirche und Staat.

Der Deutsche Evang. Kirchenauschuß hat in einer Rundgebung an die Nationalversammlung in Weimar folgende Forderungen aufgestellt:

1. die Anerkennung der bestehenden Landeskirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts.
2. Als öffentlich-rechtliche Körperschaften fordern die Landeskirchen insbesondere die Anerkennung der Sonn- und Feiertage, den Schutz der Gotteshäuser und

Wie ist das zugegangen?

Erzählung nach einer wahren Anekdote von Charlotte Birch-Pfeiffer.

„Reizenderes als Sie ward nicht geboren!“ versicherte Jeannette das niedliche Kammerkätzchen der ersten Liebhaberin am französischen Theater zu St. Petersburg, wie so manches Mal schon, immer wieder ihrer Herrin und befestigte das Fernrohr mit dem blühenden Solidör auf Ninons blühend weißer Stirne.

Die Schauspielerin lächelte geschmeichelt, während ein Zug des Triumphes über ihr schönes Gesicht huschte. Dann schob sie die Blondens-Garnitur, die neidisch den blühenden Backen verhällte, noch mehr von den Schultern und sprach:

„Meinst Du? — Ja, die werden sich heute alle zu Tode ärgern und der Neid, ach der Neid! Nein, es gibt keine Seligkeit die darüber ginge, den machtlosen Neid zu wecken, der sich die Lippen blau beißt und doch bewundern muß, wo er nicht will und staunend lächeln muß, wo er knirschen möchte. So — jetzt noch das Besondere!“

Rasch schob sie nun den Stuhl zurück, erhob die schöne, nicht eben hohe, aber üppige Gestalt, schnallte den Goldfächer fest um die schlank Taille und rief:

„Ja, beim Himmel, ich bin schön, nicht wahr, Jeannette? Noch die Schminke, die Beleuchtung, ich werde heute wieder alles um mich her vernichten, alles in den Schatten stellen.“

Die schöne Schauspielerin versank in ihrem eigenen Anblick und Jeannette füllte die Pause ihres schweigenden Wohlgefollens durch die Worte:

„Ja, Sie werden wieder alles in den Schatten stellen, die Laperute wird vom Publikum kaum beachtet werden, wenn Sie erst die Bühne betreten haben, ihre Blicke wer-

den die Männer wahnsinnig machen und morgen regnet es dafür wieder Geschenke, wie schon so oft und vielleicht noch kostbarer als sonst.“

„Das will ich auch hoffen,“ entgegnete die geschmückte Schöne nachlässig, „es ist auch Zeit, denn ich habe in den letzten drei Tagen schon nichts mehr erhalten; hast Du es denn dem Fürsten Solikow merken lassen, daß ich den dringenden Wunsch habe, einen echten Schawal zu besitzen? Weiß es auch der Oberst Grubenikow, daß ich gestern auf der Newsky-Persepektive den herrlichen Sobelpels der Fürstin Ischerbatof bewundert habe und keinen anderen Wunsch habe, als einen gleichen zu besitzen?“

„O,“ lächelte Jeannette, „das habe ich alles sehr schlaue angebracht, aber diese Russen sind verwöhnt hartbösig in solchen Dingen, sie begreifen nicht so leicht, als unsere zolanten Landsleute zu Paris; ja, der hübsche junge Baron Salbern, des reichen Bankiers Sohn, ist freigiebig genug — aber —“

„Ach, Vorheiten,“ entgegnete Ninon, „der Narr ist verliebt und ich schwärme nun schon drei Wochen mit ihm zwischen Blumenduft und Sphärenklang; ja, ich verleihe sogar in einer süßen Stunde, wo er viel von Treue und reiner Seele sprach, und noch immer ist keine Blume zum Brillanten-Bouquet in meinem Haar und keine Träne zum Brillantenkolier um meinen Nacken geworden und wenn das so fortgeht, so ist kein Laufpaß schon geschrieben!“

„St,“ warnte Jeannette, denn ein eleganter Bedienter trat ein. Er verneigte sich tief und reichte der lächelnden Schauspielerin einen niedlichen Karton dar und sagte:

„Nebst den herzlichsten Grüßen meines Herrn, soll ich dieses überreichen.“

Rasch öffnete die Schauspielerin den Kartondeckel und triß mit stützlich enttäuschem Gesicht nach einem feischen Blumenstängel, der ihr lieblich entgegenblühte.

„Blumen in diesem Sibirien, mitten im Winter —“

das ist sehr artig von Ihrem Herrn,“ sagte die Schauspielerin mit einem spöttischen Lächeln. „Ich danke, Francois, sagen Sie Ihrem Herrn, aus seiner Hand sei mir jedes, auch das vorzüglichste Geschenk willkommen. Adieu!“

Sie drehte sich rasch um, nahm aus Jeannettes Hand den weichen Schawl und winkte dem Bedienten zu sich wieder zu entfernen. Francois sah sie mit einem ver-schmigten Lächeln an, verbeugte sich tief und ging. Auf der Treppe aber flüsterte er leise vor sich hin:

„Ein vorzügliches Geschenk! — ja, da hat sie recht — Blumen sind nichts für sie.“

Er eilte nun rasch, um seinem Herrn, dem Baron von Salbern, zu sagen, welchen zweideutigen Eindruck sein duftendes Geschenk gemacht habe.

Der junge Baron sah indes im Speisesaal seines Vaters, wie auf glühenden Kohlen, denn ihm gegenüber an der Tafel saß Oberst Grubenikow und quälte ihn mit allerhand verunglückten Reden, während man an seiner Seite von der bevorstehenden Heirat der Gräfin Alexandrine Orloff erzählte.

Der Oberst aber war kein Nebenbuhler bei der reizenden Schauspielerin Ninon und in Alexandrine war der Baron verliebt. Das er der Ninon den Hof machte, ge-jörte damals zum Ton in diesen Kreisen Petersburgs Ninon galt für die erste Schönheit Petersburgs, aber ein Kokette und wie verführt wurde, war sie nicht unem-sfindlich für reiche Liebhaber. Darum besetzte sie auch Wik-or von Salbern an und gehörte zu der nicht kleiner Zahl ihrer Verehrer.

Der alte Baron von Salbern dagegen, so sehr er es liebte, daß sein hübscher, eleganter Sohn dem Ton des Tages bul-gigte und als einer der vornehmsten jungen Herren in Peter-sburg galt, war seine Kasse doch zu lieb, als daß er zuweilen konnte, wie sein Sohn in den Händen Ninons schmachtete

Laut Ungar. Korrespondenz. trafen die Franzosen auf Szegedin (Ungarn) und im ganzen besetzten Gebiet den Rückzug in südlicher Richtung an.

Budapest, 26. März. Graf Georg Karolyi ist verhaftet worden. (Georg Karolyi ist nicht mit seinem Vetter Michael zu verwechseln.)

Prag, 25. März. (Reuter.) Aus Budapest wird gemeldet, daß das Haupt der militärischen Mission, Oberst Bir, verhaftet ist und sich in Gefangenschaft befindet. Major Freeman von der britischen Militärmission gelang es, aus Budapest zu entkommen. Seine nicht bestätigten Meldung zufolge soll Karolyi ermordet sein.

Prag, 26. März. Das Tschecho-slovakische Pressbureau meldet aus Preshburg: Minister Schar hat infolge der Ereignisse in Ungarn das Standrecht über die ganze Slowakei verhängt. — Die tschecho-slovakische Gesandtschaft in Budapest wurde von Kommunisten besetzt. Es wurden 3 Millionen tschechischer Staatsgelder beschlagnahmt. Alle Beamten sind verhaftet, ihrer amtlichen und privaten Gelder beraubt und dann abgehoben worden. Man erwartet sie in Preshburg.

Wien, 26. März. Die ukrainische Gesandtschaft in Budapest wurde von Rotgardisten unter Führung eines Russen durchsucht. Der russische Offizier habe die vorgefundenen 2 Millionen an die Rotgardisten verteilt.

Sie wollen's nicht getan haben.

Budapest, 26. März. (Korr.-Bur.) Die Militärmission der Verbündeten richtete an die revolutionäre Regierung ein Schreiben, in dem sie behauptet, die Festlegung der neuen Demarkationslinie sei von Ungarn unrichtig aufgefaßt worden (!); es habe sich nur um eine Verschiebung der militärischen Gebiete zwischen Rumänien und Ungarn gehandelt, nicht um eine neue politische Grenze.

Streit im Parlament.

Basel, 26. März. Die „Baseler Nationalzeitung“ verzeichnet das Gerücht, daß die gesamte sozialdemokratische Fraktion des schweizerischen Nationalrats den Tagungen des Rats von heute an nicht mehr beizuwohnen werde. Es werde sich dadurch ein schwerer Konflikt in der schweizerischen Regierung ergeben.

Von der Friedenskonferenz.

Bern, 25. März. Nach der Londoner „Daily Mail“ wird die alliierte Kommission die Landung der polnischen Divisionen des Generals Gallier für Königsberg ins Auge fassen. (Danzig wird demnach verschont bleiben.)

London, 26. März. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Express“ schreibt, es würde gefährlich sein, an der Auslieferung Danzig an die Polen festzuhalten. Für die Frage sei in Frankreich, Großbritannien und Amerika wahrscheinlich überhaupt keine Begeisterung vorhanden und es würde die Stellung der deutschen Regierung in Deutschland und im Ausland nur festigen, wenn sie auf ihrer Ablehnung beharrte, zumal wenn sie zugleich mit dem Bolschewismus drohen könnte. Der Versuch, ein starkes Polen aufzurichten, werde sich als gefährlicher Fehlschlag erweisen, namentlich auch deshalb, weil in Polen der bolschewistische Einfluß sehr stark sei. Die einzige Rettung liege in der Beschleunigung des Friedens.

Venedig, 26. März. Die großen Panzerkreuzer der österreichischen Flotte liefen in den Hafen von Venedig ein und wurden von der Menge freudig begrüßt.

Anerkennung Lettlands.

Riga, 26. März. Das lettische Pressbureau meldet aus Paris, Clemenceau habe dem lettischen Minister des Auswärtigen seine Unterstützung der Wünsche der Letten zugesagt. Die Vertreter Lettlands sollen zur Friedenskonferenz zugelassen werden.

Keine Unterkunft für die Deutschen.

Bern, 26. März. Nach dem „Petit Parisien“ ist man in Paris in großer „Verlegenheit“, weil in Versailles alle Wohnungen seit längerer Zeit vergeben seien und keinerlei Unterkunftsöglichkeit für die deutsche Friedensbedingungsbedürftigen vorhanden sei. In St. Cloud habe man bisher nur eine kleine Unterkunftsstelle gefunden, die für die auf 200 bis 300 Personen geschätzte deutsche Friedensabordnung völlig ungenügend sei.

Die Umlage der Kriegskosten.

London, 26. März. „Daily Telegraph“ meldet aus New York, die „New York Times“ habe aus Paris die Nachricht erhalten, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten sich weigern, die Umlage der Kriegskosten auf die am Krieg beteiligten Mächte der Verbündeten nach einheitlichem Gesichtspunkt anzunehmen, da Amerika nicht im August 1914, sondern erst im Februar 1918 in den Krieg eingetreten sei. Das entspreche auch der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten.

Die Verhandlungen mit den englischen Bergarbeitern.

London, 26. März. (Reuter.) Aus dem amtlichen Bericht über die gestrigen Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und der Regierung geht hervor, daß Bonar Law namens der Regierung die Forderung der Bergarbeiter auf einige Abänderungen der von der Untersuchungskommission gemachten Vorschläge zurückwies, für deren Annahme sich die Regierung verbürgt hatte. Swilkie, der Führer der Bergarbeiter, erklärte, die Regierung sei nicht so weit entgegengekommen, als sie es hätte tun können, stimmte aber der Weiterarbeit der Untersuchungskommission zu.

Halbamtlich wird mitgeteilt, die Versuche, die Arbeiterbewegung zu einem offenen Bruch zu entwickeln, sei gänzlich mißlungen.

London, 26. März. „Daily News“ zufolge hat sich die englische Arbeiterpartei gegen die Auslieferung des Deutschen Gebiets an die Polen ausgesprochen. Auch Asquith sprach in einer Versammlung der liberalen Partei gegen die polnischen Ansprüche.

Vürforge für die Kriegsbeschädigten.

Paris, 26. März. (Havas.) Die Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, der den Kriegsbeschädigten

diejenige Mittelstellung in industriellen oder Handelsbetrieben, die vom Kriegsbeschädigtenamt bezeichnet werden, sichert.

Belagerungszustand in Spanien.

Madrid, 26. März. (Reuter.) In Barcelona hat ein Generalstreik den Straßenbahndienst und die gesamte Industrie lahmgelegt. Ueber Barcelona und ganz Spanien ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Madrid, 25. März. Graf Romanones verzichtete auf sein Vorhaben, dem König die Vertrauensfrage zu stellen, da er es für seine Pflicht hält, während der Dauer des Generalstreiks im Amt zu bleiben.

Englische Studienkommission.

Berlin, 26. März. Wie die „D. Z.“ erfährt, trifft demnächst eine größere Studienkommission englischer Parlamentarier aller Parteien in Deutschland ein, um ein Bild von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zu gewinnen.

Die militärische Friedensabordnung.

Berlin, 26. März. Wie verlautet, gehören der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensgesandtschaft nachgehende Offiziere des Generalstabs in dessen Auftrage an: General v. Hammerstein, bisher militärischer Vorgesetzter der D.M.K. in Spa; Major v. Bock, zuletzt erster Generalstabsoffizier bei der Heeresgruppe deutscher Kronprinz; Oberleutnant Ritter von Khländer vom bayer. Generalstab, Major v. Böttcher, vom sächsischen Generalstab und württ. Hauptmann Geher. Die Leitung der militärischen Vertretung übernimmt Generalmajor v. Wisberg vom preuß. Kriegsministerium.

Zum Abschluß des Waffenstillstandes.

Berlin, 26. März. Auf verschiedene Presseäußerungen der letzten Tage, die sich mit der Entstehung des deutschen Waffenstillstandsangebots beschäftigten, wird halbamtlich durch W.D. mitgeteilt:

Das Waffenstillstands- und Friedensangebot von Anfang Oktober ist, wie die drei Telegramme des Generals Ludendorff vom 1. Oktober beweisen, durch die D.D.L. (Oberste Heeresleitung) veranlaßt worden. Prinz Max von Baden hat sich gegen die Annahme sofort bei seinem Dienstantritt an die Feinde mit einem Waffenstillstandsangebot heranzutreten, heftig gestäubt. Sein Widerstand ist aber durch die immer erneuten Hinweise der D.D.L. auf eine drohende militärische Katastrophe gebrochen worden. Es ist aber auch unrichtig, daß die D.D.L. anfangs Oktober immer wieder betont hätte, die Westfront würde gegebenenfalls im Stande sein, dem Feinde weiteren Widerstand zu leisten. In den Telegrammen des Generals Ludendorff vom 1. Oktober steht davon kein Wort. Aber auch das Schreiben des Generalfeldmarschalls von Hindenburg enthält davon nichts.

Der Brief Hindenburgs lautet: Berlin, 7. Okt. 1918. An den Herrn Reichskanzler. Die D.D.L. bleibt bei ihrer am Sonntag den 29. September ds. J. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, und der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westfronten und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, den Feinden den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgesetzt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage aber verschärft sich täglich und kann die D.D.L. zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen erscheint es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder veräumdete Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben. (Ges.: von Hindenburg, Generalfeldmarschall.)

Auf Grund dieses sachverständigen Urteils mußte jede ihrer Verantwortung sich bewußte Regierung im Interesse unseres blutenden Heeres das Waffenstillstandsangebot erlassen. Es stand jedoch von vornherein fest, daß nur das Wilsonsche Programm die Grundlage eines später abzuschließenden Friedens bilden konnte. Von dieser Grundlage ist bisher weder die Regierung des Prinzen Max, noch die Regierung der Revolution abgewichen.

Baden.

(-) **Karlsruhe, 26. März.** Das Ministerium des Innern hat den Kaffeehausbesitzern auf deren Eingabe in Aussicht gestellt, die Polizeistunde von Obern ab bis 11 Uhr zu verlängern. Da aber bis dahin ohnedies die Sommerzeit in Kraft treten wird, hat sich der Verband nicht für befriedigt erklärt und will neuerdings wegen Verlängerung vorgeht werden.

(-) **Karlsruhe, 26. März.** In der bad. Nationalversammlung ist gestern der Gesetzentwurf über die Vorname der ersten Volksabstimmung eingebracht worden. Die Volksregierung hat als Tag dieser Abstimmung den Sonntag, den 6. April festgesetzt. Der Gesetzentwurf enthält ferner eine Bestimmung, wonach die Nationalversammlung als Landtag fortzulegen soll. Der badische Verfassungsausschuß wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Gesetzentwurf befassen. Im Prinzip hat er sich sowohl, wie die Nationalversammlung selbst für die Volksabstimmung ausgesprochen.

(-) **Dypenau, 26. März.** Das bekannte Kurhaus Bad Peterstal ist um den Preis von 500000 Mk. in den Besitz des kath. Mutterhauses in Freiburg übergegangen. Der Betrieb wird durch die Schwestern des Mutterhauses weitergeführt.

(-) **Weißweil b. Emmendingen, 26. März.** Der 28jährige Sohn des Landwirts Emil Köchlin wurde von einem Farnen an die Wand gedrückt und erlitt tödliche Verletzungen.

(-) **Müllheim, 26. März.** Wie aus Steinstadt

berichtet wird, ist in einer der letzten Nächte eine französische Wache, die am Ufer jenseits des Rheins aufgestellt war, desertiert und hat den Rhein in einem kleinen Nachen durchquert. Die Wache bestand aus fünf Russen, die früher in Baden beschäftigt waren, nach Abschluß des Waffenstillstands nach Frankreich ausgeliefert und in das franz. Heer eingereiht worden waren. Bei der Ueberfahrt gerieten die Russen in einen Stromwirbel und konnten sich nur mit vieler Mühe wegarbeiten. Die Russen berichten, daß die Streiftruppen im Oberlauf selbst durch Verstärkung franz. Truppen nicht unterdrückt werden konnten. Die Manneszucht lasse im französischen Heere immer mehr nach. Die Russen haben ihre früheren Arbeitsstätten wieder aufgesucht.

Handel und Verkehr.

Kurzer Wochenbericht

der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 18. bis 24. März 1919.

W. I. Markt und Deutschlands Versorgung mit Futtermitteln.
Bedauerlich ist, daß bei dem Bräuterei Abkommen der Vereinigten Staaten auf Lieferung von 1 Million Tonnen Mais, angeblich wegen der Knappheit des Schiffsraums, abgeschlossen wurde. Für das allmähliche Hochbringen unseres Viehbestands wäre dieser Zufuß sehr wertvoll gewesen. So wird man sich nach dieser Richtung zunächst damit begnügen müssen, daß bei der beabsichtigten Herabsetzung der Ausmahlung des fremden und inländischen Getreides auf 80 Prozent größere Mengen wertvoller Kleie unseren Futtermittelvermögen. Von Argentinien wäre Mais billig zu kaufen. Durch die dort bestehende Schwierigkeit, Mais zu exportieren und im Hinblick auf die bevorstehende gute neue Maisernte beträgt der dortige Melepreis nur circa 75 Mk. pro Tonne nach der Friedensumrechnung (4,16 Papierpesos per 100 Kilogramm). Wie im Vorjahre so wird jedenfalls auch diesmal der Mais drüber zum Verfeuern verwendet werden, denn er stellt sich zu diesem Zweck nicht teurer als Kohlen oder Dörsenergie für Lokomotiven und sonstige Maschinen. Im Gegensatz zu der klauen Lage des Maisgeschäfts in Südamerika ist die Tendenz für diesen Artikel in den Vereinigten Staaten außerordentlich fest und die Preise sind in den letzten 10 Tagen zeitweise bis 25 Mark für die Tonne gestiegen. Die kleine amerikanische Maisernte (2583 Mill. Bushels gegen 3160 Mill. im Vorjahre) veranlaßt die großen Mäherer ihre Jahresbedarfe möglichst schnell zu decken, so daß alles, was von den Landwirten geliefert wird, verschwindet, ohne an die Märkte zu kommen. Die Vorräte bei den Farmern waren Anfang März mit 84 gegen 1293 Mill. Bushels vor einem Jahre nicht groß. Auch in Weizen waren die erschöpfenden Bestände trotz der letzten großen Ernte mit 129,3 gegen 11 Mill. Bushels im Vorjahre nur mäßig. Dagegen enthalten die amtlich kontrollierten sichtbaren Weizenvorräte in den Vereinigten Staaten mit 111,6 gegen 7,8 und 52,8 Mill. Bushels in den beiden Vorjahren noch recht ansehnliche Ueberflüsse, die eine weitere gute Ausfuhrfähigkeit der Union gewährleisten.

Wettermäßiges Wetter.

Die Störungen dauern fort. Auch am Freitag und Samstag ist neben kurzer Aufbesserung vielfach bedecktes und zeitweise regnerisches Wetter zu erwarten.

— **Einfuhr Schweizer Schuhwaren.** Wie aus Bern gemeldet wird, hat die Schweizer Schuhindustrie vielfach auf Vorrat gearbeitet und möchte nun, daß der Bundesrat den Export freigebe. Die bezügliche Gesuch laufen beim Volkswirtschafts-Departement unangeordnet ein. Nachdem bereits vor kurzem einige Exporterleichterungen gewährt worden sind, die jedoch nur für die Untertanen Gültigkeit haben, glaubt man demnächst auch die Ausfuhr für Deutschland in größerem Umfang zulassen zu dürfen. Insbesondere hat die Schweizerische Schuhindustrie ein Interesse daran, ihren Ueberfluß nach dem Auslande hin abzulassen. Von der Schuhfabrik Halls in Schwyz wird berichtet, daß sie 300000 Paar Schuhe ausfuhrbereit hält. Durch die Freigabe des Exports hofft gleichzeitig die Schweizer Industrie auch ein Sinken der Preise zu verhindern. Daneben sollte aber für möglichst umfangreiche Beschaffung von Rohleder gesorgt werden, um die deutsche Schuhwarenerzeugung wieder leistungsfähig zu machen.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 26. März.** (Verfassungsausschuß.) In der gestrigen Sitzung erledigte der Verfassungsausschuß die §§ 18 bis 20 des Verfassungsgesetzes (Kirche und Staat). § 18 wurde der Antrag Dr. Sproll (S.), statt „Innerhalb der Schranken des Gesetzes“ in „Im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze“ zu ändern. Die Stimmen des Zentrums und Sozial (Bürgerpartei) abgelehnt. Crispian (U.S.P.) stellte einen Antrag, einen neuen § 18 zu schaffen: „Die Religion wird zur Privatangelegenheit erklärt. Alle Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken werden abgeschafft. Die kirchlichen und religiösen Einrichtungen die ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen.“ Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen von Crispian und der Reichssozialisten abgelehnt. In den §§ 19 und 20 stellen die sozialdemokratischen Mitglieder den Antrag § 19 ganz und von § 20 die Absätze 1 und 2 zu streichen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. § 19 wurde in folgender Fassung angenommen: Die evangelische und die katholische Kirche sowie die israelitische Religion, Gemeinschaft und ihre Gemeinden sind Körperschaften des öffentlichen Rechtes. § 20 fand in der Fassung der ersten Lesung Annahme mit Ausnahme des Absatzes 2, der auf Antrag der D.D.P. folgende Fassung erhielt: „Gebäude und Grundstücke des Staates, die derzeit kirchlichen Zwecken dienen, werden in das Eigentum der Kirchen übertragen. Auch eine Resolution Wurfte (Bürgerpartei) fand gegen die Stimmen der Sozialdemokraten Annahme: Die Landesversammlung wolle sich dafür aussprechen, daß unter den kirchlichen Gebäuden und Grundstücken, die in das Eigentum der Kirche übertragen werden, auch die niederen und höheren Seminare und Konvikte einbezogen werden.

(-) **Stuttgart, 26. März.** (Generalstreik.) Eine Versammlung der Vertrauensmänner der sozialdem. Partei lehnte den Generalstreik entschieden ab. Im Falle des Streiks sollen die Parteigenossen in den Betrieben oder zu Hause bleiben.

(-) **Hall, 26. März.** (Einsener.) Am Montag Nachmittag war hier ein leichtes Gewitter mit viel Regen. Dabei wurde am Turm der hiesigen Katharinenkirche ein Einsener beobachtet, das erst in einem kleinen Klammchen, später in einer hellen größeren Klammme sich zeigte und etwa 20 Minuten andauerte.

(-) **Waldsee, 26. März.** (Pferdemarkt.) Der Frühjahrsferdemarkt war gestern so stark besucht, wie es in den letzten 40 Jahren nie der Fall war; mehrere hundert Pferde schweren und leichten Schlages waren zugeführt. Käufe wurden abgeschlossen bis hinauf zu den enormen Preisen von 12000 und 14000 Mk.



(*) **Mühlacker, 26. März.** (Eisenbahnbau.) In Wierußheim fand am Sonntag eine Versammlung von Vertretern der verschiedenen Mairgemeinden statt, die sich einstimmig für die baldige Ausführung der seit 35 Jahren erstrebten Bahnverbindung zwischen Menningen und Mühlacker aussprach. Eine Abordnung der Gemeinden wird beim Ministerium in diesem Sinne vorstellig werden.

(*) **Kornwestheim, 26. März.** (Gegen den Generalstreik.) Die Arbeiter der Firma J. Sigle & Co., Schuhfabriken A.-G., etwa 2300 an der Zahl, haben zu 70 Prozent gegen und nur zu 30 Prozent für den Generalstreik gestimmt.

(*) **Giengen, 26. März.** (Alte Leute.) Der älteste Mann im nahen Hohenmemmingen, Maurer Rig, ist in den letzten Tagen in sein 84. Lebensjahr eingetreten. Zwei Frauen haben das 90. Jahr bereits überschritten.

Verständnis.

D.P.C. Alle Berufe und Berufsarten sind nötig für das Volksbestehen, für die Volkswirtschaft. Die Wohlfahrt eines Volkes wird zur schönsten Blüte gelangen, wenn alle Berufe Lebensbedingungen erlangen, in denen sie sich wohlfühlen.

Alle die schon einen gewissen Grad von Behagen im Leben erreicht haben oder denen das Schicksal von vornherein eine angenehme Stellung in dieser Welt gebracht hat, müssen sich einmal die Frage vorlegen: „Welchem Beruf, welcher Berufsart oder — nach bisherigem Begriff — welcher „Klasse“ möchte ich nicht angehören?“

Er wird dann eine Reihe von Lebensstellungen finden, in die eintreten zu müssen ihm nicht wünschenswert erschienen wäre.

Befolgt er die Frage weiter, so wird er auch bald die Gründe bezeichnen können, aus denen er dem und jenem Beruf, ja einer ganzen „Klasse“ von Menschen nicht angehören möchte.

Wir sehen aber aus der bisherigen Entwicklung unseres Volkslebens: alle Berufe sind notwendig, damit unsere Wirtschaft im Gang bleibe, damit wir überhaupt leben können.

Sehen wir davon ab, daß einzelne Berufe selbst verständlich dem Einen besser „liegen“ als dem Anderen — daß das natürliche Talent zu einem bestimmten Beruf für dessen Ergreifung maßgebend sein kann, wobei aber Voraussetzung ist, daß überhaupt soviel persönliche Freiheit und Unabhängigkeit vorhanden ist, diesen Beruf ergreifen zu können — ich sage, sehen wir von diesen Fällen ab, so muß uns doch der Gedanke kommen: „Hätte mich das Schicksal dem oder jenem Beruf in die Arme geworfen, den ich nicht als für mich wünschenswert betrachte — hätte ich einer anderen Volks„Klasse“ (um bei diesem bisher üblichen Begriff zu bleiben) angehören müssen — wie müßten die Bedingungen sein, die mir das Leben erträglich gestalten würden — auch in jenen Berufen — auch bei jener Volks„Klasse“?“

Wenn wir uns auf eine solche Frage ehrlich und ohne Voreingenommenheit Antwort geben, dann werden wir sehen, daß wir zu Bedingungen kommen, die im Leben der Millionen von Menschen, die anderen Berufen und Kreisen — ebenso wichtigen wie die untrigen — angehören, noch lange nicht erfüllt sind. Ich rede hier nicht von Luxus — ich rede nur von Lebensbedingungen im Sinn von einfachen Ansprüchen an Familie, Freude und Gesundheit.

Auf diese Weise müssen wir dann aber auch zu dem Verständnis kommen, für die Forderungen derer, die das Schicksal nicht begünstigt hat, ein warmes „Ja“ haben und wir müssen darnach trachten, die Lebensbedingungen in allen Berufen so zu gestalten, daß es keinen Beruf mehr gibt, den zu ergreifen für uns noch etwas Abschreckendes haben müßte.

Dans Müller-Diesbach.

— **Der Friedensbeirat.** Aus Preisen der Industrie wird uns geschrieben: Es dürfte jedem aufzufallen sein, daß die jüngst veröffentlichte Liste des Beirats der deutschen Friedensabordnung unter 38 Namen nicht einen einzigen Württemberger aufwies, obgleich Württemberg der viergrößte Bundesstaat ist, während Baden drei, Bayern vier und Sachsen zwei Beiräte stellt. Württemberg kann doch eine entsprechende Berücksichtigung und Abänderung oder Ergänzung der Liste verlangen.

— **Die Sonntagsruhe.** Eine im Reichs-Gesetzblatt veröffentlichte, am 1. April 1919 in Kraft tretende Verordnung über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken vom 5. Februar 1919 fahet grundsätzlich für alle Handelsgewerbliden und einige bisher nicht unter den § 105 b der Gewerbeordnung fallende Betriebe (Versicherungsunternehmen, Sparkassen) die volle Sonntagsruhe ein. Dem unabweislichen Bedürfnis nach Sonntagsbeschäftigung kann künftig nur im Ausnahmewege entsprochen werden. Der Polizeibehörde und der höheren Verwaltungsbehörde ist die Befugnis eingeräumt, für mehrere Sonn- und Festtage im Jahre, an denen besondere Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu acht Stunden zuzulassen. Für handlungsgewerbliche Arbeit bei dem Gärterverkehr kann eine zweifelhafte Beschäftigung von der höheren Verwaltungsbehörde gestattet werden. Im übrigen finden die Vorschriften des § 105 c und 105 e der Gewerbeordnung Anwendung. Die nach § 105 e a. a. O. zugelassenen Ausnahmen zur Befriedigung täglicher oder an den Sonn- und Festtagen besonders hervortretenden Bedürfnisse der Bevölkerung sind wie bisher dazu bestimmt, für gewisse Lebensmittelgewerbe und einige andere Betriebe (Blumenhandel, Zeitungshandel usw.) die notwendige Geschäftszeit freizugeben. Eine weitere Bestimmung der Verordnung gibt der höheren Verwaltungsbehörde die Befugnis, eine Regelung des Verkehrs in Apotheken, die in Wege der Vereinbarung schon mehrfach durchgeführt ist, erforderlichenfalls gütigend vorzunehmen.

— **Warnung für junge Mädchen vor der Ergreifung eines Bureauberufes.** Ueberall eröffnet sich auf dem Arbeitsmarkt daselbe trostlose Bild. Die weiblichen Arbeitsverhältnisse haben gegen die Vorwoche keine wesentliche Veränderung aufzuweisen. Am ungünstigsten bleibt nach wie vor die Lage der kaufmännisch Angestellten: Zahlreiche Arbeitstische, denen durchweg offene Stellen nicht gegenüberstehen. Mit Rücksicht auf diese traurige Lage, die wahrscheinlich lange anhalten wird, dürfte es wohl angebracht sein, daß die Eltern zur Entlassung kommenden jungen Mädchen von der Schule aus vor der Ergreifung eines Bureauberufes gewarnt, und auf eine andere, vor allem auf die landwirtschaftliche Tätigkeit hingewiesen werden. In der Landwirtschaft sind überall sehr viel offene Stellen für weibliche Angestellte, während Arbeitsgehrde hier kaum vorhanden sind.

— **Eierversorgung.** Für dieses Jahr, einschließlich der Winterzeit, werden auf den Kopf voraussichtlich nur 25 Eier im ganzen zur Verteilung kommen. Wie man damit auskommen soll, das ist das Geheimnis der

Landesversorgungsstelle. Sie uns mit der Nachricht übertracht.

— **Einnachzuder.** Die Württ. Landesversorgungsstelle teilt mit, daß zwar die Reichszuckerstelle in diesem Jahr voraussichtlich keinen Einnachzucker freigeben werde, daß aber die Landesversorgungsstelle aus dem Vorjahr Einsparungen gemacht habe, die es ermöglichen, den Kommunalverbänden vorläufig 2 Pfund auf jeden Versorgungsberechtigten zu überweisen.

Eisenerplatz. In Augsburg hat der A. und S.-Rat den Königsplatz in Eisenerplatz umbenannt.

Verbrecherische Mütter. Bei Hohenstadt auf der Bahnhalle Röttingen-Döhlenfurt fand man ein neugeborenes Kind neben dem Bahndamm lag. Ein Frauenzimmer hatte das Kind während der Fahrt vom Eisenbahnwagen abgeworfen.

— **Wer verteuert die Waren?** Kürzlich brachte die „Frankf. Zeitung“ die Mitteilung, daß die Lederleimpreise auf 240 Mk. herabgesetzt worden seien, die Verbraucher aber nach wie vor 495 Mk. zu bezahlen haben. Auf eine Anfrage hin teilte eine Handelsfirma mit, daß der Großhändler immer noch den im Juli 1917 festgesetzten Preis von 450 Mk. zu zahlen habe und die ganze Differenz zwischen Erzeugerpreis 240 Mk. und Großhändlerpreis, also 210 Mk., der Kriegsausgleich für sich behalte.

— **Beitragnahme der ausländischen Wertpapiere.** Demnächst wird die Verordnung des Reichsfinanzministers veröffentlicht werden, wonach alle im deutschen Besitz befindlichen ausländischen festverzinslichen Wertpapiere (mit Ausnahme der russischen und der früheren Verbündeten Deutschlands) dem Reich zu Ankauf anzubieten sind, da durch sie ein Teil der ausländischen Lebensmittel zu bezahlen ist. Die Banken usw. sind zur Annahme und Umstellung ermächtigt und erhalten dafür vom Reich eine Vergütung. Vom Publikum dürfen sie keine Gebühr erheben.

Jahrmarkt zu Wildbad anno 1919.

Den großen Vorbereitungen nach zu schließen, möchte der heutige Markt was besonderes bieten, denn ein Zimmermann hiesiger Stadt hat 60 Holzküde dazu gekauft.

Bei frühem Morgengrauen sah man den Verkäufer seine Buden bauen. Die Kinderschar versammelt drum herum, sorgte für das sonst übliche Gaudium, und schwelgte nach den 60 Küden zu schließen von Jahrmarktsherrlichkeiten wie im Frieden.

Auch von erwachsenen Gestalten sah man noch dem Jahrmarkt Umschau halten; aber die mal sah es ganz bedenklich aus, denn mit 2 Stunden war es heuer aus.

Mit den Erwachsenen wars ne Blag, es kamen etliche den ganzen Tag, was sie heitrieb läßt sich nicht sagen, denn man sah sie nichts forttragen.

Zum Schluß des Fests streikten sich die Buden, mit Dred zu werfen die Besigern der Buden. So hatten wir den Jahrmarkt g'sehn zu Wildbad anno 1919. Strobel, Wildbad.

Ev. Jünglingsverein. Dom erstag, den 27. März, abends 7/9 Uhr Spiel und Bibestunde

Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Notstandsarbeiten der Stadt Wildbad.
Bergebung von Schotterbefuhren auf den Blöcherweg.
Strecke 1 Rd. 1/2 km lang von der Hangwegbahn bis zur Sommerbergbahn. Die Anfuhrmenge beträgt 200 cbm. Schotter und Grus. Der mittlere Transportweg vom Bahnhof beträgt 1,8 km bei 13 prozentiger Steigung.
Strecke 2 Rd. 800 m lang von der Sommerbergbahn bis zur Saustalshütte. Anfuhrmenge 300 cbm. Schotter und Grus, mittlerer Transportweg 2 1/2 km. 13 prozentiger Steigung.
 Die Bedingungen des Jahresakkords sind zu Grunde gelegt. Der Preis ist für 1 cbm zu stellen.
 Die Angebote sind in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift: Schotterbefuhr auf den Blöcherweg, Strecke ... bis spätestens 2. April Vorm. 11 Uhr hierher einzureichen. Die Eröffnung findet zu dieser Zeit im Sitzungssaal des Rathauses vor den anwesenden Bewerbern statt.
 Die Auswahl unter den Bewerbern nebst Zuschlagerteilung bleibt dem Gemeinderat vorbehalten.
 Stadtbauamt Wildbad, Munk.

Betrifft unser Hauptgeschäft
König-Str. 68
 Wir führen von heute an **Kabattmarken** ein und vergüten wenn der Betrag von 10 Mk. erreicht ist
50 Fig. an Waren
 Tabakwaren werden hiervon nicht berührt. Für Hofenträger aus Stoff und Falerstoff bleibt der Rabatt von 20 Prozent auch weiter bestehen.
Chr. Schmidu. Sohn

Steck-Zwiebel
 sind zu haben
Luise Jäch,
 bei Buchbinder Roth.
Stuttgarter Geld- und Pferde Lotterie
 Ziehung am 3. Mai 1919
 Hauptgewinn 25.000 Mark.
 Lose a 2 Mark erhältlich bei
C. W. Gott.

6000 Mk.
 sucht sofort.
 Wer sagt die Erped [268]
Kautschuk Stempel
 empfiehlt **G. B. Hoff.**

Forstamt Meistern in Wildbad.
Nadelstammholz-Verkauf im schriftlichen Aufsteich
 Am Donnerstag den 3. April 1919 vormittags 10 Uhr im „Jägerstüble“ in Wildbad aus Staatswald meistern Abt. 1, 2, 5, 7, 12, 17, 19, 22, 23; 996 Ft und Ta mit Fm Langholz: 648 I., 437 II., 231 III., 69 IV., 19 V., Al. Sägholz: 85 L., 48 II., 13 III. Al.
 Die bedingungslosen Angebote auf die einzelnen Lose, ausgedrückt in ganzen und Zehntelprozenten der Forstpreise 1919 wollen unterzeichnet, verschlossen und mit der Aufschrift „Angebote auf Nadelstammholz versehen spätestens bis 3. April vorm. 9 1/2 Uhr beim Forstamt eingereicht werden.
 Die Eröffnung der Angebote erfolgt hierauf im Jägerstüble. Losverzeichnis von der Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

Als passende Geschenke für Konfirmanden
 empfehle ich:
Saar-, Kleider- und Zahn-Bürsten, Haarspangen, Taschenspiegel, Geldbeutel, Papiergeldtaschen, Spazierstöcke.
Robert Treiber.

Miete.
 Für zuverlässigen, auswärtigen Auftragsgeber wird **Villa** (15-20 Zimmer, Garten) etwa hälftig gut einmöblirt, auf eine Reihe von Jahren zu pachten gesucht.
 Anträge mit Preis nimmt entgegen **H. Föhner, Parl.-Villa.**

Verkaufe
 im Verkauf des Samstag Nachmittags:
 1 hartholz
 1 eiserne
 2 gewöhnl. Kinderbettstellen
 1 Wof
 1 ll. Sofa
 1 Felsfächer
 2 Schirme
 verschiedene gute Anzüge
 1 schwarzer Gehrockanzug
 1 Ueberzieher
 Arbeitskleider
 1 Zylinderhut Nr. 55
 versch. gute Filzhüte
 1 Paar Stiefel Nr. 41.
 ältere Schuhe
 2 Regellästige
 1 Bügeleisen mit 2 Stählen
 1 Koffer.
Christian Rozenhardt
 Haus Rozenhardt.

Zwei Paar **Offizier-Keilfische**
 Nr. 40-42 hat zu verkaufen.
 Wer sagt die Erped. [269]
Harmonium
 tiefere preiswert franko; auch mit Spielapparat, mit dem jeder sofort ohne Noten 4 stimmig spielen kann
K. Roggenbauch,
 Obertürkheim

W. V. W.
 Morgen abend 7/8 Uhr im **Schwarzwalddotel**

Zahnbahnen
 einfach und verschleißbar empfiehlt
H. Treiber.
 Für

Konfirmations-Geschenke
 Hofenträger aus Falerstoff extra stark von Mark 3- an 20% Rabatt
Chr. Schmid & Sohn.

Holstin-Späne
 Chemische Reinigung im Hause Besser wie Gallseife! empfiehlt
Carl Willy, Gott.

Turn-Verein Wildbad.
Herzenswunsch!
 Klad. geb. Lehrer, 28 J., kath., angenehme Erscheinung, sehr solide Lebensweise, hier fremd, wünscht auf diesem sonnigen Berg am Samstag, den 29. Weg sein Glück, eine gebildete do. Mto. findet im Lokal und musikal. Lebensgefährtin zur alten Linde abds. 8 Uhr mit edler Herzensbildung zu finden.
 Vertrauensvolle ausführliche Zuschrift unter Nr. 270 an die Erped. ds. Blattes.
General-Versammlung
 Sinen neuen **Mantel**
 auch Knaben geeignet verkauft.
Der Vorstand. **Judwig Müller.**